

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1738/2020
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 66 Alt	Datum 12.10.2020	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Kenntnisnahme	15.09.2021	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1400/2020 Die Grünen, Ortsbeirat Mainz-Altstadt;
hier: Begrünung Dominikanerstraße

Mainz, 22. Juni 2021

gez. Ebling

Michael Ebling
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
Der Antrag ist erledigt.

Sachverhalt:

Im Rahmen der Planung des Straßenzuges Dominikanerstraße wurde versucht, Baumstandorte zu finden. Mehrere Abstimmungstermine fanden zu diesem Thema im Stadtplanungsamt statt. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Leitungen, Durchfahrten für Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge und Einfahrten zu den einzelnen Wohn- und Geschäftskomplexen konnte nur ein Standort für eine Baumpflanzung gefunden werden. Beim Bau wurde dann ersichtlich, dass in diesem Bereich auch Leitungen liegen, die in den Leitungsplänen nicht dargestellt waren, so dass auch dieser Standort entfallen musste.

Im zentralen Bereich von Mainz liegen viele Leitungsstränge mit ihren Schutzstreifen auf engstem Raum nebeneinander, um die Grundversorgung der Haushalte zu gewährleisten. Die technischen Regeln der Versorgungsträger müssen u. a. auch bei der Planung von Baumpflanzung eingehalten werden.

Bei neuen Straßenzügen und bei älteren Straßen und Plätzen, die für Baumpflanzungen ausreichend dimensioniert sind, findet der Dialog mit den Leitungsträgern bereits regelmäßig mit dem Ziel statt, lösungsorientierte Strategien für eine optimale Begrünung zu entwickeln.

Das Umweltdezernat hat in einem ersten Auftaktgespräch mit Stadtplanungsamt und Grün- und Umweltamt die Ansprüche formuliert, die man verfolgen möchte, um mehr erlebbares Grün in die innerstädtischen Stadtstraßen zu bringen. Hierbei werden auch die Versorgungsträger in der Folge mit dem Ziel einzubinden sein, zu einer differenzierteren Betrachtungsweise in den einschlägigen Regelwerken kommen zu können. Da es letztlich aber auch bei den Verantwortlichen für Versorgungsleitungen um Betriebssicherheit und Schutz der Bevölkerung geht, ist derzeit nicht absehbar, wie sich die Diskussion entwickeln wird und wie die konkreten Ergebnisse aussehen werden.